



Interviews

Interview mit Dietmar Bartsch, Die Linke, Fraktionschef zu Linksextremismus

"Informationen am Morgen", 5.6.2023, 8:10 Uhr

Moritz Küpper: Am Telefon ist nun Dietmar Bartsch, Partei Die Linke. Er sitzt im Bundestag und führt dort gemeinsam mit Amira Mohamed Ali die Fraktion der Linken an. – Guten Morgen!

Dietmar Bartsch: Guten Morgen! – Ich grüße Sie.

Küpper: Herr Bartsch, war der Umgang von Seiten der Behörden, von Seiten der Polizei mit diesem „Tag X“ richtig?

Bartsch: Das ist, glaube ich, aus der Ferne sehr schwer beurteilbar. Ich habe eben die Stimmen aus SPD, Grünen und auch aus meiner Partei gehört. Ich finde es ganz wichtig, dass das jetzt sowohl parlamentarisch als auch juristisch aufgearbeitet wird. Und ich sage ganz klar: Gewalt lehne ich ab. Und es ist offensichtlich so, dass sich einige dort, professionelle Gewalttäter, auch unter die Demonstranten gemischt haben. Das ist inakzeptabel.

Küpper: Dann machen wir einen Schritt zurück, weiten den Blick. Es soll, so Faeser – die Bundesinnenministerin warnt davor -, die Gewaltbereitschaft von links steigen. Warnen Sie auch?

Bartsch: Ich habe meine Position klar gesagt. Gewalt löst kein Problem. Wenn Gewaltbereitschaft stärkt, muss man alles tun, was man kann, dagegen zu arbeiten, weil Gewalt löst keine Probleme, sondern eskaliert. Deshalb: Da gibt es viele Verantwortliche. Aber ich appelliere auch ausdrücklich an diejenigen, die mit vielen Sachen unzufrieden sind, nicht per Gewalt Lösungen anzustreben.

Küpper: Diese Unzufriedenheit schlägt sich, so sagen es Demoskopien, auch in den Umfragen nieder, aber auf dem rechten Spektrum, bei der AfD. Warum?

Bartsch: Ich glaube, dass es sehr viele Ursachen gibt. Mich stört, dass es im Moment viele Politikerinnen und Politiker gibt, die sofort alle Antworten haben. Bei den einen, insbesondere bei der Union, ist es die Politik der Ampel. Bei den Ampel-Politikern ist es vielfach die Union oder jeweils der Koalitionspartner. Die Ursachen liegen meines Erachtens tiefer. Ein Blick in andere Länder: Man schaue nur auf die Regionalwahlen in Spanien am letzten Wochenende, wo Rechtsextreme enorm zugelegt haben. Frau Meloni führt eine Regierung in Italien. Man kann nach Ungarn, nach Frankreich, nach Schweden schauen. Es gibt offensichtlich wirtschaftliche, soziale, gesellschaftspolitische Ursachen, auch das Auseinanderfallen Stadt-Land, eine Politik, die sehr, sehr großstadtfixiert ist. Also bitte keine schnellen Antworten und vor allen Dingen ein gewisses verbales Abrüsten. Wer jetzt immer versucht, noch mal die AfD zu übertreffen und der beste Antifaschist zu sein, auch in seinen Worten, all das wird kaum funktionieren.

Küpper: Aber aus Ihrer Sicht: Wir sagen jetzt Protest, wir wollen das auch nicht gleichsetzen, aber warum ist dieser Zulauf nur auf der rechten Seite im Spektrum und nicht beispielsweise bei Ihnen, bei der Linken?

Bartsch: Das bedauere ich sehr!

Küpper: Das verstehe ich.

Bartsch: Ich war ja noch nicht zu Ende mit meinem Satz. – Neben Ursachen, die sicherlich objektiven Charakter tragen, liegt vieles auch bei uns. Wir müssen uns schon da an die eigene Nase fassen. Wenn es mal so war, dass wir in den neuen Ländern auch bei Wahlen bis zu 30 Prozent erreicht haben und jetzt bei zehn Prozent liegen, dann ist das nicht nur eine Herausforderung; dann haben wir Fehler gemacht. Wir sehen an anderen Stellen, dass anderes möglich ist. In meinem Wahlkreis in Rostock haben wir gerade die Oberbürgermeisterin gewonnen, aber auch in Köthen, in Reichenbach Bürgermeisterwahlen gewonnen. Es ist anderes möglich.

Aber wir haben eine Mitverantwortung für den Aufstieg der AfD. Wir dürfen da nicht Verantwortung wegschieben. Und es muss vor allen Dingen darauf ankommen, dass wir die demokratische Alternative auch bei den inhaltlichen Problemen sind, ob es das Heizungsgesetz ist, ob es die Migrationsfrage ist, oder, oder, oder, die Inflation. Es gibt linke Antworten. Wir können da gerade in meiner Fraktion einiges vorweisen. Aber das spielt in der öffentlichen Debatte keine Rolle. Auftrag an uns, einen Beitrag zu leisten, dass der Höhenflug der AfD vorbeigeht.

Küpper: Wenn Sie so selbstkritisch gerade in diesem Modus sich befinden, liegt es an den Personen, liegt es am Streit in der Linken, liegt es an falschen Themen?

Bartsch: Ich glaube, es liegt sehr, sehr stark am Streit in der Linken. Wenn die Bürgerinnen und Bürger, die sich ja nicht tagtäglich mit Politik befassen, das Gefühl haben, da wird gestritten, was dann auch noch durch unsere politischen Konkurrenten, aber auch durch Medien befördert wird und weniger inhaltliche Angebote vorne stehen, dann ist das für viele Leute abschreckend. Dann sagen die, ich erlebe das tagtäglich, was ist da bei euch los, ich finde vieles vernünftig, aber im Moment kann man euch doch nicht wählen. Das muss eine Schlussfolgerung sein. Das ist nicht mit einem Interview oder einer Ansage getan, sondern das ist vor allen Dingen harte Arbeit und das heißt immer wieder für Die Linke, Politik, Politik und nochmals Politik, gerade angesichts der wirklich ja desaströsen Ampel-Politik. Man schaue sich nur an, was nach zwei Jahren dort geleistet worden ist, und schaue sich an, was vor allen Dingen wegfällt. Ich will nur ein Thema nennen: Kindergrundsicherung. Dass darüber so gestritten wird und Kinderarmut in unserem Land jetzt am höchsten ist von allen Zeiten, dann ist das ein Riesenproblem. Deshalb ganz klar: Wir müssen das überwinden. Es geht nur, indem wir unsere Aufgabe wahrnehmen, die linke Opposition im Deutschen Bundestag zu sein, und da, wo wir Verantwortung tragen, in Landesregierungen, bei Landräten, Bürgermeistern, diese auch entsprechend wahrzunehmen.

Küpper: Wenn ich der „taz“ glauben darf, dann möchte Die Linke diesen Streit mit Sahra Wagenknecht, eine Ihrer Vorgängerinnen an der Fraktionsspitze, nun bis zum Ende der Woche klären. Es soll da ein Ultimatum geben an sie. Sie soll sagen, ob sie in der Partei bleiben will oder nicht. Was glauben Sie? Bleibt Sahra Wagenknecht in der Linken?

Bartsch: Wissen Sie, was Herr Beutler von der „taz“ schreibt, ist nicht zwingend die Wahrheit, und ich glaube, dass es auch ein Stück weit Wichtigtuerei ist. Um das ganz klar zu sagen: Meine Position ist, ich bin Fraktionsvorsitzender.

Küpper: Gibt es dieses Ultimatum?

Bartsch: Ich bin Fraktionsvorsitzender und habe selbstverständlich als Fraktionsvorsitzender das Ziel, dass diese Fraktion handlungs- und politikfähig bleibt.

Küpper: Dafür brauchen Sie Sahra Wagenknecht ja.

Bartsch: Sahra Wagenknecht ist ein Mitglied meiner Fraktion. Wir sind 39 Abgeordnete im Deutschen Bundestag und jede und jeder hat eine Aufgabe wahrzunehmen.

Küpper: Aber wenn mehrere gehen, dann verlieren Sie den Fraktionsstatus.

Bartsch: Wenn vier Leute gehen, verlieren wir den Fraktionsstatus. Und ich habe ja gerade gesagt: Mein Ziel ist, dass wir als Fraktion im Deutschen Bundestag handlungsfähig bleiben. Das ist gerade angesichts der aktuellen Politik – Sie haben auch vom Aufstieg der AfD gesprochen –, es ist unsere Verantwortung. Man kann damit lax umgehen und sagen, alles nicht so wichtig. Nein, unsere Aufgabe ist, hier eine Alternative aufzuzeigen und damit auch einen kleinen Beitrag zu leisten, dass der Aufstieg der AfD gestoppt wird. Das ist Aufgabe auch meiner Fraktion. Das ist Aufgabe der Linken. Die gilt es wahrzunehmen und nicht diese Spekulationen. Dass dort der eine oder andere Journalist keine andere Idee hat, über Die Linke zu berichten, das ist dessen Problem, aber darauf muss man auch nicht im Detail eingehen. Da rede ich lieber mit Ihnen über substantielle Fragen.

Küpper: Das machen wir gleich auch. Aber nur, damit wir nicht mit solchen Sachen, mit solchen Informationen lax umgehen: Gibt es dieses Ultimatum?

Bartsch: Ich kenne kein Ultimatum. Es ist so, dass mit Sahra Wagenknecht dieses Gespräch stattgefunden hat. Das ist ja auch bestätigt worden. Aber von Ultimaten kann keine Rede sein. Wir wollen, dass es keine Neugründung gibt. Das ist doch ganz klar. Eine Neugründung führt dazu, wie es in anderen Ländern sichtbar ist - siehe Italien: Es gibt fünf linke Parteien, alle bedeutungslos. Das wollen wir nicht, sondern wir müssen den Pluralismus auch leben. Wir müssen klare Grenzen setzen. Auch das gilt, damit wir sichtbar und handlungsfähig werden.

Küpper: Stattdessen gibt es 18 Prozent in den Umfragen der AfD. In den ostdeutschen Ländern, in denen nächstes Jahr gewählt wird, sind es noch mehr. CDU-Chef Friedrich Merz hat jetzt bekräftigt, dass es in seiner Partei eine Brandmauer gegenüber der AfD gibt.

O-Ton Friedrich Merz: „Hier wird es keine Zusammenarbeit geben, unter der Hand, über der Hand, auf dem Tisch, unter dem Tisch. Mit mir und uns nicht.“

Küpper: Glauben Sie, dass dieses Wort nächstes Jahr auch noch gilt?

Bartsch: Ich hoffe, dass Friedrich Merz genau diese klare Ansage nicht nur durchhält, sondern im Konkreten umsetzt. Ich finde das sehr vernünftig. Ich finde das richtig, dass er diese Brandmauer setzt. Aber ich sehe in der Praxis, dass es hier und da Löcher gibt. Wenn ich mir manches anschau, was politisch gesagt wird, dann ist der Unterschied manchmal sehr gering. Da kann ich nur wirklich nicht nur hoffen, sondern mir wünschen, dass es eine klare Grenze gibt. Es muss von demokratischen Parteien zu denen, die dieses System grundsätzlich ablehnen, eine Grenze geben. Ich kann nur sagen, Friedrich Merz' Worte bitte in alle Ohren, auch in die Ohren manches CDU-Politikers in Thüringen oder Sachsen.

Küpper: Aber könnte die Situation kommen im kommenden Jahr - in Brandenburg, in Sachsen, in Thüringen wird dort gewählt -, dass ein Bundesland wie Sachsen aus Ihrer Sicht nicht mehr regierbar ist?

Bartsch: Die Bundesländer werden regierbar sein und da will ich wirklich davor warnen, in Alarmismus zu verfallen. Was allerdings auch ein Fakt ist, wenn ich mir immer anhöre, wie die Union jetzt die Grünen verantwortlich macht für all die Krisen. Ich will mal daran erinnern, dass die Union auch in den neuen Ländern, in Sachsen und Brandenburg, aber vor allen Dingen auch in NRW, in Hessen, in Baden-Württemberg, in Schleswig-Holstein, überall mit den Grünen koalitiert, und das ist einigermaßen unglaubwürdig. Das befördert das.

Die Länder werden nicht unregierbar sein und ich werbe dafür, dass der demokratische Wettstreit geführt wird. Die Alternative zum Beispiel in Thüringen heißt Bodo Ramelow oder es wird irgendjemand von der Union, und deswegen ganz klar, ganz klar: Es geht darum, auch in den neuen Ländern, genauso wie in den alten, sichtbar zu machen, dass es demokratische, unterschiedliche Alternativen gibt. Wenn wir das deutlich machen, wenn die schrillen Töne etwas zurückgehen, wenn verbal etwas abgerüstet wird, sondern der Wettstreit um Argumente, nicht die Profilbildung in den einzelnen Koalitionen im Vordergrund steht, dann sehe ich auch gute Chancen, dass das, was jetzt wieder als Horrorszenario an die Wand gemalt wird, dass das nicht eintritt. Die AfD wird auch in den neuen Ländern keine Regierungsverantwortung übernehmen und ich bin sicher, dass dieser Aufstieg auch ein Ende finden wird.

Küpper: Könnte es sein, dass die CDU dann mit Ihnen, mit den Linken zusammengehen müsste?

Bartsch: Wissen Sie, im Moment ist die Situation so, dass die Regierung von Bodo Ramelow in Thüringen jedenfalls partiell von der Union toleriert wird. Das ist in einer solchen schwierigen Situation notwendig. Das ist ein ausgesprochen schwieriges Regieren.

Küpper: Das wird, glaube ich, nicht leichter oder?

Bartsch: Das macht es nicht leichter und ich wünsche mir, dass nach der nächsten Wahl Bodo Ramelow eine Koalition bilden kann, wo das genau nicht notwendig ist. Aber ehrlich gesagt, da fehlt mir im Moment die Vorstellung. Die Union ist der politische Konkurrent und der politische Gegner. Das müssen wir deutlich machen, dass es sehr, sehr unterschiedliche Politikangebote gibt, in Sachsen, in Brandenburg und auch in Thüringen. Wenn das klar wird, dass Union und Linke teilweise diametral gegenüberstehen, dann wird man auch sehen, dass diese, ich sage mal, verbal aufgerüstete AfD, die faktisch aber keine Lösungen anbietet, dass die nicht die Alternative ist.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.